

■ WIRTSCHAFTSCHRONIK

I. QUARTAL 1997

In Deutschland bestimmen Probleme der öffentlichen Haushalte das politische Geschehen. Einerseits wird die ins Auge gefaßte Steuerreform diskutiert, andererseits steht das Erreichen der Konvergenzkriterien im Vordergrund der Regierungsaktivitäten. Die damit verbundenen Einsparungsmaßnahmen lösen immer häufiger soziale Auseinandersetzungen aus.

24. Jänner: Der deutsche Finanzminister Waigel präsentiert sein Konzept zur Steuerreform 1998/99. Demnach wird der Eingangssteuersatz der Einkommensteuer auf 15%, der Spitzensteuersatz auf 39% (bisher 53%) gesenkt. Das steuerfreie Existenzminimum wird erhöht, ab einer bestimmten Obergrenze beträgt der Eingangssteuersatz aber 22,5%. Die Körperschaftsteuer für einbehaltene Gewinne soll von 45% auf 35%, für ausgeschüttete Gewinne von 30% auf 25% sinken. Mit 1. Jänner 1998 wird – gemäß einer Vereinbarung zwischen den Regierungsparteien – der Solidarzuschlag von 7,5% auf 5,5% der Einkommensteuerschuld reduziert

AUSLAND

Die Einkommensteuersenkung soll durch Einschränkung der Abschreibungsmöglichkeiten sowie durch die Abschaffung von Steuerbegünstigungen im Bereich der Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, des Arbeitnehmerfreibetrags sowie durch eine allfällige Mehrwertsteuererhöhung finanziert werden. Überdies sollen künftig Renten sowie das Arbeitslosengeld zur Hälfte besteuert werden.

9. Februar: Die Finanzminister und Notenbankchefs der G-7-Staaten einigen sich anlässlich einer Sitzung in Berlin, auf eine Stabilisierung des Dollarkurses auf dem aktuellen Niveau hinzuarbeiten. Die Vertreter Japans befürchten durch einen weiteren Anstieg des Dollarkurses einen neuen Handelskrieg mit den USA.

13. Februar: Die Europäische Kommission legt ihren Jahreswirtschaftsbericht vor. Darin werden die Ursachen des schwachen Wirtschaftswachstums 1996 (real + 1,6%) diskutiert. Angesichts der als relativ günstig eingestuften Rahmenbedingungen wird eine deutliche Verstärkung der Dynamik für 1997 und 1998 erwartet. Sie sollte einen leichten Rückgang der Arbeitslosenquote bewirken.

16. Februar: Im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) verpflichten sich 68 Länder, am 1. Jänner 1998 eine multilateral abgestimmte Marktöffnung

im Bereich der Telekommunikations-Grunddienste zu starten. Damit soll der weltweite Zugang zu Information erleichtert und aufgrund der Wettbewerbsintensivierung auch verbilligt werden.

13. März: Nach mehrtägigen Massendemonstrationen der Kohlearbeiter auch in Bonn kommt ein Kompromiß zwischen der deutschen Bundesregierung und den Gewerkschaften zustande. Demnach wird die Subventionierung des Kohlenbergbaus langsamer abgebaut, als ursprünglich von der Bundesregierung vorgesehen, und zwar von derzeit 70 Mrd. S auf 39 Mrd. S im Jahre 2005. In diesen Beträgen sind auch Zuschüsse der betroffenen Bundesländer enthalten.

14. März: 50 000 Bauarbeiter aus allen deutschen Bundesländern demonstrieren in Berlin gegen Massenarbeitslosigkeit, Lohndumping durch illegal Beschäftigte und für die Wiedereinführung der Schlechtwetterentschädigung.

17. März: Deutschland und Frankreich legen im ECO-FIN, dem Finanzministerrat der EU, ihre Konvergenzpläne für die Währungsunion vor. Die beiden Programme werden positiv aufgenommen, am Fahrplan zur Einführung einer gemeinsamen Währung soll strikt festgehalten werden.

20. März: Der deutsche Bundestag beschließt, die Rezeptgebühr in der Krankenversicherung (bisher 4,6 DM bis 8 DM), den Spitalskostenbeitrag (12 DM) sowie die Selbstbeteiligung an Fahrtkosten (20 DM) um jeweils 5 DM anzuheben.

25. März: Der Offenmarktausschuß der Federal Reserve Bank der USA erhöht die Federal Funds Rate um ¼ Prozentpunkt auf 5,5%.

ÖSTERREICH

Nach dem Rücktritt Bundeskanzler Vranitzkys erhält Österreich eine neue Bundesregierung. Unter dem Vorsitz Viktor Klimas wird das neue Kabinett abermals aus Vertretern der SPÖ und der ÖVP gebildet.

7. Jänner: Durch einen Rahmenkollektivvertrag wird für die Arbeitnehmer im Textilgewerbe ab 1. Jänner 1997 die Arbeitszeit flexibilisiert. Demnach kann durch Betriebsvereinbarung die wöchentliche Normalarbeitszeit von 40 Stunden innerhalb von 26 Wochen ungleichmäßig verteilt und bis auf 48 Stunden erhöht werden. Darüber hinausgehende Arbeitsstunden sind mit 40 pro Halbjahr limitiert und werden durch Zeitausgleich abgegolten.

12. Jänner: Der seit 1991 angestrebte Verkauf der Bundesanteile an der Creditanstalt (knapp 70% des Ak-

tionkapitals) wird realisiert: Um 17,2 Mrd. S übernimmt die Bank Austria die Anteile des Bundes. Nach langen und intensiven politischen Auseinandersetzungen werden folgende Nebenabsprachen getroffen:

- Die CA bleibt mindestens 5 Jahre als eigenständiges Institut erhalten.
- Für die CA-Mitarbeiter gilt ein unbefristeter Kündigungsschutz
- Die CA-Mitarbeiter können Aktien ihres Instituts bis zum Gesamtbetrag von 500 Mill. S erwerben
- Private Kleinaktionäre der CA erhalten ein Umtauschangebot ihrer Aktien in solche der Bank Austria oder eine Barabfindung
- Die CA-Anteile an der Kontrollbank und der Investkredit werden den übrigen Aktionären der beiden Institute zum Kauf angeboten.
- Die Beteiligungen an den drei CA-Regionalbanken werden abgegeben.
- Die Anteilsverwaltung der Zentralsparkasse (AVZ) trennt sich ganz oder teilweise von ihrem Anteil in der Höhe von 56% an der GiroCredit.
- Die Stimmrechtsanteile von AVZ und Wiener Holding an der Bank Austria werden innerhalb von 5 Jahren von 49% auf unter 25%, nach weiteren 2 Jahren auf unter 20% reduziert.
- Die Bundesanteile an der Bank Austria von 19% werden breit gestreut privatisiert.

15. Jänner: Wirtschaftsminister Farnleitner und Wirtschaftskammerpräsident Maderthaler treten eine Reise in die Volksrepublik China an. Der Delegation gehören Vertreter von 26 österreichischen Unternehmen an. Zweck der Reise ist es, die Ergebnisse jener des Bundeskanzlers im Oktober 1996 auszuschöpfen.

18. Jänner: Bundeskanzler Vranitzky teilt dem Parteipräsidium der SPÖ mit, daß er als Bundeskanzler und Parteivorsitzender zurücktritt. Gleichzeitig schlägt er für beide Funktionen Viktor Klima als Nachfolger vor.

Für die vom Wirtschaftsministerium vorgelegte Prioritätenliste des Straßenbaus bewilligt Finanzminister Klima Ausgaben von 16,5 Mrd. S. Davon sind 8 Projekte mit dem Baubeginn innerhalb der nächsten 2 Jahre betroffen. Dazu zählen u. a. der Semmering-Straßentunnel, die Südautobahn zwischen Klagenfurt und Völkermarkt, die Welser Westspange und die Umfahrung Landeck.

23. Jänner: Der Nationalrat beschließt eine Novelle zum Mietengesetz, wonach ab 1. März befristete Mietverträge für bis zu 10 Jahre (bisher 3 Jahre) abgeschlossen werden können.

24. Jänner: Der designierte Bundeskanzler Klima präsentiert die Kandidaten für sein neues Kabinett: Der frühere Finanzstadtrat von Wien, Edlinger, wird das Bun-

desministerium für Finanzen übernehmen, der Vorstandsdirektor der OMV, Ruttensdorfer, wird ihm als Staatssekretär für die internationale Koordination der Finanzpolitik beigelegt. Der frühere Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Schlögl, wird Innenminister, die Arbeiterkammerpräsidentin Hostasch Ministerin für Arbeit, Soziales und Gesundheit, die oberösterreichische Landesrätin Prammer Frauenministerin; der frühere Innenminister Einem übernimmt das Ressort für Verkehr und Forschung und der Wiener Neustädter Bürgermeister Wittmann wird Staatssekretär im Bundeskanzleramt für Angelegenheiten der Kunst.

Die genaue Ressortverteilung wird allerdings erst in den folgenden Wochen durch eine Arbeitsgruppe der Koalition festgelegt.

28. Jänner: Bundespräsident KieSSL ernennet Viktor Klima zum Bundeskanzler. Anschließend werden die neuen sozialdemokratischen Regierungsmitglieder vom Bundespräsidenten angelobt.

29. Jänner: Bundeskanzler Klima präsentiert dem Nationalrat seine Regierungserklärung. Deren Schwerpunkte betreffen die enge Zusammenarbeit der Koalitionsparteien, den Mut und die Bereitschaft zu Veränderungen, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vor allem durch Ausbau der Infrastruktur mit gemischter Finanzierung sowie die Fortsetzung der Exportoffensive. Zu diesem Zweck wird eine Projektgruppe aus Vertretern der Wirtschaft, der Banken und der Verwaltung eingerichtet. Die Budgetkonsolidierung werde fortgesetzt, vor allem durch Einsparungen auf der Ausgabenseite. Dazu zählt auch eine schrittweise Harmonisierung der Pensionssysteme.

11. Februar: Der Ministerrat beschließt die Einsetzung von Expertengruppen für Technologie und Export. Erstere besteht aus Siemens-Generaldirektor Hochleithner und Univ.-Prof. Arnold Schmidt, letztere aus je einem Vertreter der Industrie und der mittelständischen Wirtschaft. Beide Gruppen sollen bis Ende Mai entsprechende Konzepte ausarbeiten.

13. Februar: Die EU-Kommission stellt in ihrem Wirtschaftsbericht 1997 fest, daß Österreich ohne erfolgreiche Privatisierung die Teilnahmebedingungen für die Wirtschafts- und Währungsunion nicht erfüllen werde, da mit einem weiteren Anstieg der öffentlichen Verschuldung gerechnet werden müsse. Die Aussage beruht allerdings auf den Daten vom November 1996.

17. Februar: Die Sozialpartner einigen sich über eine Flexibilisierung der Arbeitszeit. Demnach kann diese täglich bis 10 Stunden (wöchentlich höchstens 48 Stunden) ausgedehnt werden, ohne daß Überstundenzuschläge gezahlt werden müssen. Die Mehrarbeit soll grundsätzlich innerhalb eines Jahres ausgeglichen werden, doch ist auch mehrjähriges Ansparen von Zeitgut haben möglich.

Die flexiblen Arbeitszeiten sollen auf Kollektivvertragsebene festgelegt werden. Gelangen die Kollektivvertragspartner zu keiner Einigung, soll eine Schlichtungsstelle der Sozialpartner (je zwei Vertreter) einen Kompromiß finden; gelangen auch diese zu keiner einvernehmlichen Lösung, wird ein Vorsitzender mit Stimmrecht aus dem Kreise anerkannter Persönlichkeiten in Wirtschaft und Sozialpartnerschaft den Vertretern der Sozialpartner beigelegt. Gelingt auch dann keine Einigung, ist ein Spezialkollektivvertrag zwischen ÖGB und Wirtschaftskammer möglich.

18. Februar: Die EU-Kommission stellt fest, daß im Rahmen der Übernahme der CA durch die Bank Austria keine unerlaubten Staatsbeihilfen gewährt wurden. Damit wurde eine Beschwerde des EA-Generali-Konsortiums abgewiesen, die sich auf die Kredithaftung der Stadt Wien für die Bank Austria bezogen hatte.

21. Februar: Die EU-Kommission übermittelt der österreichischen EU-Botschaft einen zweiten Brief, in dem sie die Bundesregierung auffordert, die Anonymität aller Spar- und Wertpapierkonten aufzuheben. Die Bundesregierung kann innerhalb von 2 Monaten dazu Stellung nehmen.

26. Februar: Unterrichtsministerin Gehrler und Sozialministerin Hostasch kommen überein, daß für arbeitslose Jugendliche 180 neue Klassen in berufsbildenden mittleren Schulen (Fachschulen) geschaffen werden. Die Ausbildung dieser Jugendlichen wird durch Begleitmaßnahmen des Arbeitsmarktservice flankiert.

29. Februar: Sozialministerin Hostasch und Wirtschaftsminister Farnleitner einigen sich mit den Sozialpartnern auf eine Reform der Lehrlingsausbildung. Demnach müssen ab 1. Juli 1997 Lehrbetriebe die ersten 3 Lehrjahre keinen Krankenversicherungsbeitrag leisten. Zugleich wird der Dienstgeberbeitrag für die Krankenversicherung der Angestellten um 0,1% angehoben. Weiters kann die Berufsschulzeit in einem Block absolviert werden, eine Berufsreifeprüfung wird eingeführt und die Liste der Beschäftigungsverbote überarbeitet.

3. März: Wirtschaftsminister Farnleitner nimmt den Spatenstich für den Bau des letzten Teilstückes der Südautobahn zwischen Klagenfurt-Ost und Völkermarkt-West vor. Die 18 km lange Strecke soll im Herbst 1999 befahrbar sein.

5. März: Die Erste Österreichische Spar-Casse und die Bank Austria-Muttergesellschaft AVZ einigen sich über den Verkauf der GiroCredit. Erstere zahlt für den Anteil der AVZ von 56,1% 8,2 Mrd. S. Damit wird die Erste Österreichische Spar-Casse mit einer Bilanzsumme von 601 Mrd. S. die zweitgrößte österreichische Bank nach der BA/CA.

10. März: Die Banken einigen sich auf gemeinsame Kriterien zur Zinsanpassung für Privatkredite. Demnach wird sich die Höhe der Zinsen aus dem Durchschnitt von

Sekundärmarktrendite (Rendite der umlaufenden Anleihen) und dem Vitor (Zinssatz, zu dem die Banken einander Geld leihen) ergeben. Beträgt die Veränderung dieser Größe mehr als ¼ Prozentpunkt im Quartal, so werden auch die Kreditzinsen im gleichen Ausmaß verändert.

11. März: Die EU-Kommission bewilligt die Übernahme der CA durch die Bank Austria. Allerdings verpflichtet sich die Bank Austria zum Verkauf ihrer Anteile an der GiroCredit sowie an den Bauunternehmen Universale und STUAG.

12. März: Die AUA übernimmt einen Aktienanteil von 36% der Lauda Air. Daraus ergibt sich eine österreichische Luftfahrtsgruppe von AUA, Lauda Air und Tyrolean Airways

17. März: Die österreichischen Geldinstitute senken die Zinssätze für gebundene Einlagen um ¼ Prozentpunkt. Die Zinsen für täglich fällige Einlagen bleiben unverändert.

18. März: Die EU-Kommission eröffnet gegen Österreich ein Verfahren wegen Befreiung der Weinbauern von der Getränkesteuer bei Ab-Hof-Verkäufen. Sie sieht darin eine Wettbewerbsverzerrung.

19. März: Der Nationalrat beschließt eine Erweiterung der Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit. Diese können künftig auch für Branchen durch Kollektivvertrag festgelegt werden. In einem Entschließungsantrag stellen die Koalitionsparteien fest, „daß der arbeitsfreie Sonntag auch künftig Grundprinzip der Arbeitsgestaltung ist“.